

Modernisierungsbedarf für Europa

DGB fordert Marshallplan

Der DGB will mit einem Investitionsprogramm Europa fit gegen die fortschreitende Krise machen. Der auf zehn Jahre angelegte „Marshallplan für Europa“ soll 2,6 Billionen Euro kosten. Die Zinsverpflichtungen sollen vor allem mit einer Finanztransaktionssteuer finanziert werden. „Europa befindet sich in der Rezessionsfalle“, beschreibt DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki die Lage. Massive Lohn-, Renten- und Sozialkürzungen europaweit hätten die Probleme verschärft. Mit dem Konjunktur-, Investitions- und Aufbauprogramm will der DGB das ändern. Europaweit soll die Konjunktur angekurbelt werden. „Wir wollen auch auf eine alternde Gesellschaft, auf knappe natürliche Ressourcen und die Herausforderungen des Klimawandels vorbereiten“, ergänzt Matecki. Das Investitionsprogramm enthält „einen Mix aus institutionellen Maßnahmen, direkten öffentlichen Investitionen, Investitionszulagen für Unternehmen und Konjunktur stabilisierende Konsumanreize“, heißt es im DGB-Papier.

Im Zentrum steht die Modernisierung der europäischen Volks-

Gegenfinanzierung gesichert

Kosten des Marshallplans

Durchschnittliche jährliche Investitionen in europäische Energiewende	150 Mrd. Euro
Weitere Investitionen	110 Mrd. Euro
Summe der jährlichen Investitionen	260 Mrd. Euro

Nutzen des Marshallplans (Wachstum, Arbeitsplätze, Einnahmen, Einsparungen etc.)

Zusätzliches Wachstum des Bruttoinlandsproduktes	3 Prozent
Zusätzlicher Wachstumsimpuls	400 Mrd. EUR
Zusätzliche Vollzeitstellen	9 bis 11 Millionen
Zusätzliche Steuereinnahmen für EU-Staaten	104 Mrd. Euro
Zusätzliche Einnahmen an SV-Beiträgen	56 Mrd. Euro
Zusätzliche Einsparungen bei den Kosten der Arbeitslosigkeit	20 Mrd. Euro
Durchschnittliche jährliche Einsparungen an Brennstoffimporten	300 Mrd. Euro

Finanzierung und Tilgung des Marshallplans

Durchschnittliche jährliche Emission von „New Deal Anleihen“	180 Mrd. Euro
Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer	75-100 Mrd. Euro
Tilgung der Kredite an private und öffentliche Investoren	100 Mrd. Euro

wirtschaften. Ziel ist es, energiearm und ressourcenschonend zu wirtschaften. Mit der vorgeschlagenen Energiewende könnte der CO₂-Ausstoß in Europa massiv reduziert werden. Notwendiges Investitionsvolumen: 150 Milliarden Euro jährlich. Um die Kommunen auf eine alternde Gesellschaft vorzubereiten, Bildung und Ausbildung zu fördern oder die Infrastruktur auszubauen, sieht das Konzept jährlich rund 110 Milliarden Euro vor. Ein solch ambitioniertes Programm kann nicht von einem einzigen Land gestemmt werden. Vor allem die Krisenländer

können das aus eigener Kraft nicht umsetzen. Deshalb sollen die Laufzeiten ihrer Kredite verlängert, die Zinssätze reduziert werden.

Bereits 2011 hatte der DGB in einem „Vier-Punkte-Programm“ vorgeschlagen, einen „Europäischen Zukunftsfonds“ zu gründen. Dieser Fonds soll verzinsliche Anleihen ausgeben. Die Zinsverpflichtungen könnten aus einer Finanztransaktionssteuer bestritten werden. Würden alle 27 EU-Staaten die Steuer einführen, rechnet der DGB mit jährlichen Einnahmen von mindestens 75 bis 100 Milliarden Euro. Für das Eigenkapital in der Gründungsphase soll eine einmalige Abgabe in Höhe von drei Prozent auf private Vermögen oberhalb von 500 000 Euro (Ledige) und einer Million Euro (Verheiratete) sorgen. Claus Matecki: „Unser Marshallplan zeigt, dass umfangreiche Investitionen finanzierbar sind – wenn man bereit ist, diejenigen an den Kosten zu beteiligen, die es verkraften können.“ •

plusminusBERLIN

➖ „Keinen Spielraum im Haushalt“ sieht Bundesfinanzminister **Wolfgang Schäuble** (CDU) nach dem Bundesparteitagbeschluss der CDU in Hannover, Müttern von Kindern, die vor 1992 geboren sind, eine höhere Rente zu zahlen. ...

➕ Die CDU-Frauen aber wollen standhaft bleiben. **Maria Böhmer**, Vorsitzende der Frauen-Union: „Die Tinte unter den Beschlüssen des CDU-Parteitags ist noch nicht trocken.“ Es gehe darum, zügig die Gerechtigkeitslücke zu schließen.

inhalt

Seite 3

Wohnungsnot bekämpfen

Bezahlbarer Wohnraum wird knapp in deutschen Großstädten. DGB und Gewerkschaften fordern Maßnahmen gegen die Wohnungsnot

Seite 5

Zwingende Mitbestimmung

Die IG BCE will die Betriebsverfassung modernisieren. einblick zeigt, um was es geht

Seite 7

Politik zu kurzatmig

Der Wirtschaftsweiser Peter Bofinger im einblick-Interview über die Eurokrise



Der Surf-Tipp fürs Internet

<http://nogame.sodi.delspiel/>
Ein Browser-Spiel der Nichtregierungsorganisation Solidaritätsdienst-International (SODI), das das Thema Armut kritisch aufbereitet und zeigt, wie Menschen in Entwicklungsländern ihren Alltag bestreiten müssen

Hintergrund

www.dgb.de/15Vx
Alle Zahlen, Daten und Fakten zum „Marshall-Plan für Europa“ des DGB

Hochschulen

DGB will Zugang erleichtern

Der DGB hat ein neues hochschulpolitisches Programm erarbeitet. Ziele sind eine demokratische und soziale Hochschule, die allen Bildungswilligen offensteht, und ein Studium, das finanzierbar ist. Der Zugang zur Hochschule ist immer noch stark von der sozialen Herkunft abhängig, konstatiert der DGB. Doch nicht nur beim Zugang gibt es Probleme. Die Arbeitsbedingungen sind schlecht, Partizipation und Mitbestimmungsrechte werden in vielen Bundesländern beschnitten.

In dem neuen Programm fordert der DGB den Zugang für alle: „Jedem Menschen mit einer ab-

geschlossenen Berufsausbildung muss ein Studium offenstehen. Zugangshürden wie Aufnahmeprüfungen oder Voraussetzungen wie eine lange Berufserfahrung müssen abgeschafft werden.“ Dafür müssen sich auch die Rahmenbedingungen ändern.

Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock betont, dass vor allem mehr berufsbegleitende Studiengänge, veränderte Curricula und eine reformiertes BAföG notwendig seien. „Zur sozialen Öffnung der Hochschulen gehört auch der Ausbau des BAföG durch einen regelmäßigen Inflationsausgleich und die Senkung des Darlehensanteils bis zur Vollförderung.“ Darüber hinaus will der DGB weg vom „Turbo-Bachelor“. Bildung benötigte Zeit, und ein freier Zugang zum Master sei zwingend.

Doch nicht nur die Studierenden benötigen andere Rahmenbedingungen. Kritisch sieht der DGB auch die Arbeit der Hochschulbeschäftigten. „Auf eine unbefristete Stelle kommen fast acht befristete Stellen“, kritisiert Ingrid Sehrbrock. Der DGB will deshalb einen Index Gute Arbeit mit allen Beteiligten entwickeln, der zum Maßstab für die Hochschulen werden soll.

Eine weitere Forderung heißt Partizipation. „Wir wollen die akademische Selbstverwaltung und die Personalvertretung stärken“, betont die stellvertretende DGB-Vorsitzende. Nicht zuletzt benötigt das Hochschulsystem auch mehr Geld. „Wir brauchen höhere Steuern für Vermögende und müssen diese Mittel gezielt in Bildung und Wissenschaft investieren.“ ●

OECD-Leitsätze

Kontrolle erstärken

Bereits im vergangenen Jahr legte die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) aktualisierte Leitsätze vor, in denen die Unternehmen aufgefordert werden, Löhne zu zahlen, die die Grundbedürfnisse der ArbeitnehmerInnen und ihrer Familien decken. Außerdem sollen sie für die Einhaltung von sozialen und ökologischen Standards in ihrer gesamten Zulieferkette verantwortlich sein. Die Todesfälle in einer Textilfabrik in Bangladesch im November haben allerdings wieder einmal gezeigt, dass die Empfehlungen der OECD allein nicht ausreichen.

Der DGB diskutierte auf einer Veranstaltung Ende November über die Leitsätze. Die wenigsten Firmen orientierten sich freiwillig an diesen Vorgaben, so das Fazit. Der DGB will deshalb ein besseres Kontrollverfahren. Derzeit ist für die Überprüfung das Bundeswirtschaftsministerium zuständig. Der DGB erwartet, dass die nationale Kontaktstelle eigenständig arbeiten kann. Dann werde sie unabhängig gegen Missstände vorgehen können und die Konzerne würden den OECD-Vorgaben mehr Beachtung schenken. „Der Wirtschaftsminister muss handeln“, fordert das zuständige DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki. ●

Europa

Jugend braucht Perspektiven

Das Thema Jugendarbeitslosigkeit ist mittlerweile auch bei der EU-Kommission angekommen. Der zuständige Kommissar Laszlo Andor nennt es „Jugendgarantie“. Damit will er sicherstellen, dass Jugendliche unter 25 Jahren, die vier Monate ohne Job sind, ein Angebot für eine Ausbildung oder mindestens einen Praktikumsplatz bekommen. Gesetzlich vorgeben kann die EU diese Garantie jedoch nicht, sie will deshalb entsprechende Programme in den Mitgliedsländern fördern.

Berthold Huber, Erster Vorsitzender der IG Metall, lobte auf dem Berliner IG Metall-Kongress „Kurswechsel für ein gutes Leben“ Anfang Dezember diesen Ansatz. Er zeige, dass die EU das Problem zumindest erkannt habe. Im Hinblick auf die Umsetzung ist Huber jedoch skeptisch. Vor allem, weil die Jugend ja „nicht nur Ausbildungsschleifen, sondern Arbeit“ wolle. Die IG Metall-Jugend nutzte das Umfeld des internationalen

„NEUSTAAT“ heißt das Stichwort der IG Metall-Jugend. Mit Hymne, Fahne, eigenem Botschafterpass und Forderungen an die Politik warben junge Metalller aus Deutschland und anderen europäischen Ländern in Berlin für ein Europa, in dem die Jugend nicht länger auf der Verliererseite steht. bit.ly/NeuStart



Foto: IG Metall

Kongresses, um ihre Forderungen sehr deutlich vorzutragen. Bundesjugendsekretär Eric Leiderer be-

tonte, die europäische Jugend „will keine Krise ausbaden, die nicht von ihr verursacht wurde“. ●

Eurofound-Studie

Politik verliert Vertrauen

Die Krise in Europa nehmen viele EU-BürgerInnen als einen Verlust an Lebensqualität wahr. Nach einer Untersuchung der EU-Stiftung zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen (Eurofound) gingen Optimismus und subjektives Glücksempfinden vor allem in

den von der Euro-Krise besonders betroffenen Ländern Griechenland, Italien und Portugal drastisch zurück. Zugleich sei das Vertrauen in wichtige öffentliche Institutionen wie Regierungen und Parlamente deutlich gesunken.

Die Untersuchung hat Aussagen der EU-BürgerInnen von vor fünf Jahren mit der Einschätzung ihrer Lage in diesem Jahr verglichen. Seit 2007 habe sich die wirtschaftliche Lage vieler Menschen verschlech-

tert, was sich in der Wahrnehmung widerspiegeln: Im Durchschnitt beklagten sieben Prozent der Befragten, mit ihrem Geld nicht mehr auszukommen – allerdings mit gewaltigen Unterschieden: In Finnland war es ein, in Griechenland waren es 22 Prozent. Wie in anderen Studien führen in der Eurofound-Untersuchung die Dänen die Statistik der Zufriedenen an, während Bulgarien und Ungarn am Ende rangieren. ●

www.bit.ly/pr3eqls

Weniger Wohnraum, steigende Mieten

Bezahlbarer Wohnraum wird knapp in deutschen Großstädten. Steigende Mieten und große Nachfrage führen zu Engpässen. DGB und Gewerkschaften kritisieren, dass die Politik untätig zusieht. Denn der Handlungsbedarf ist groß, wie aktuelle Studien belegen.

Eine passende Wohnung in deutschen Großstädten zu finden, ist für Normal- und Geringverdiener nicht mehr einfach. Rund 250 000 Mietwohnungen fehlen in Deutschland, schätzt der Deutsche Mieterbund. Vor allem in Großstädten, Ballungszentren und Universitätsstädten macht sich das bemerkbar. Steigende Mieten um bis zu 30 Prozent bei Neuverträgen sind die Folge. Einige Vermieter reizen zudem die gesetzlich erlaubte Mieterhöhung bei bestehenden Verträgen von 20 Prozent in drei Jahren voll aus.

ExpertInnen machen verschiedene Trends verantwortlich für die angespannte Situation am Wohnungsmarkt. So steigt seit Jahren die Zahl von Singlehaushalten. In der Euro-Krise haben Finanzakteure den Immobilienmarkt als renditesichere Anlage ausgemacht und kaufen beispielsweise in Berlin ganze Straßenzüge auf. Zudem steigen die Energiekosten. In Unistädten führen Bundeswehrreform und doppelte Abiturjahrgänge zu einer großen Anzahl an Erstsemestern. Die Folgen: Weniger Wohnraum, höhere Nebenkosten und Renditeerwartung lassen die Mieten steigen. So wundert es nicht, dass Haushalte mit einem Niedriglohneinkommen von unter 1300 Euro netto 2010 rund 46 Prozent ihres Geldes für Miete und Energie aufwenden mussten. Auch NormalverdienerInnen zahlen gut ein Drittel.

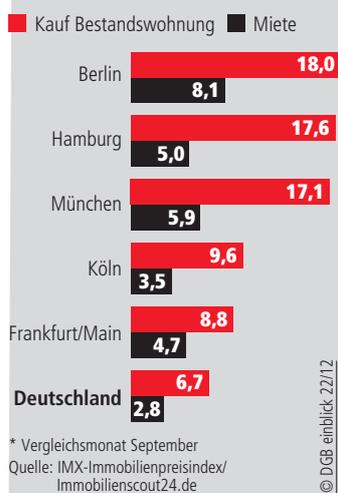
DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki fordert: „Die Zeit ist reif, umzusteuern. Wohnen darf kein Luxusgut sein.“ Kurzfristig müssten die bestehenden Mieten geschützt werden. Deshalb sei eine gesetzliche Obergrenze bei Mietsteigerungen dringend geboten. Neue

Mietverträge sollen an die ortsüblichen Vergleichsmieten gekoppelt werden. Sie dürften zehn Prozent der Vergleichsmieten nicht übersteigen, so Matecki.

Der IG BAU-Vorsitzende Klaus Wiesehügel kritisiert: „Jahrelang wurde der Wohnungsbau vernachlässigt.“ Statt der benötigten rund 260 000 Wohnungen pro Jahr seien 2011 nur 183 000 fertiggestellt worden. Die Politik habe

Teurer Wohnraum

Erhöhung von Immobilienpreisen 2011 bis 2012 (in Prozent)*



In den großen Städten wird bezahlbarer Wohnraum knapp. Bei der Entwicklung der Kaufpreise von Eigentumswohnungen liegen Berlin, Hamburg und München an der Spitze. Ähnlich sieht es bei den Mietpreisen aus. Besonders in Berlin haben die Mietpreise stark zugelegt, um bis zu 8,1 Prozent. Vor allem Geringverdiener leiden unter dieser Entwicklung.

viel dafür getan, dass Bauen unattraktiv geworden sei. Wiesehügel moniert: „An der Förderung des sozialen Wohnungsbaus wurde von Bund und Ländern gespart, die degressive Abschreibung von Neubauten komplett gestrichen und die Eigenheimzulage abgeschafft.“

Das seien Fehler, die korrigiert werden müssten.

Die IG BAU engagiert sich mit anderen Verbänden in der Kampagne „Impulse für den Wohnungsbau“. Eine von den Initiatoren in Auftrag gegebene Studie zeigt, wie groß der Handlungsbedarf ist. Bis 2017 fehlen bundesweit demnach gut 400 000 Mietwohnungen. Die Situation in Städten wie Frankfurt am Main, wo aktuell rund 17 500 Wohnungen fehlen, wird sich drastisch verschärfen. Klaus Wiesehügel sieht darum die Länder in der Pflicht, sich ihrer Verantwortung beim sozialen Wohnungsbau zu stellen. Der Bund soll hierzu ausreichend Mittel bereitstellen. Eine Zweckbindung müsse zudem dafür sorgen, dass das Geld ankommt, so Wiesehügel.

Aber auch beim Energieverbrauch sollen politische Lösungen die MieterInnen entlasten. Um die Kosten bei Strom und Gas zu begrenzen, fordert der DGB soziale Geringverbrauchertarife. Diese könnten Haushalte mit geringen Einkommen entlasten. Der DGB will außerdem die zu gering bemessenen Stromkosten im Hartz-IV-Regelsatz weiterhin zum Thema machen. Bessere Anreize zur energetischen Gebäudesanierung sollen mehr Vermieter überzeugen, aktiv zu werden. Durch den Einsatz von energieeffizienteren Haushaltsgeräten sollen VerbraucherInnen zusätzlich Kosten einsparen.

Damit ältere oder behinderte Menschen so lange wie möglich in ihren eigenen vier Wänden wohnen können, sollen Immobilien alters- und behindertengerecht umgebaut werden. Das würde sowohl die „Spirale der Mieterhöhungen“ bremsen als auch die Pflegeversicherung entlasten, so der DGB. ●

Impulse setzen

Gemeinsam mit der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU), dem Deutschen Mieterbund (DMB), dem Bundesverband Deutscher Baustoff-Fachhandel e.V. (BDB) und dem Zentralverband Deutsches Baugewerbe (ZDB) sind insgesamt 25 bundesweit tätige Verbände und Kammern der Immobilien- und Bauwirtschaft in der Kampagne „Impulse für den Wohnungsbau“ aktiv. Ziel ist es, die politischen Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau zu verbessern. Die Kampagnenpartner wollen dafür sorgen, dass genügend und geeigneter Wohnraum zur Verfügung gestellt werden kann. Denn, so die Initiatoren: „In Deutschland wird zu wenig gebaut.“ Demografischer Wandel, Wanderungsbewegungen innerhalb Deutschlands und der Klimawandel seien Herausforderungen, auf die reagiert werden müsse. Zudem geht es darum, neue und bedarfsgerechte Wohnungen zu bauen.

Mehr zur Kampagne gibt es im Internet unter:
www.impulse-fuer-den-wohnungsbau.de

oder auf der Seite der IG BAU unter:
www.bit.ly/igbau_impulse

Mindestlohn

Breite Zustimmung

Seit 2008 wächst die Zustimmung zu einem flächendeckenden Mindestlohn in der Bevölkerung. Nach der neuesten Umfrage von infratest dimap im Auftrag des DGB sprechen sich 75 Prozent aller Befragten für einen gesetzlichen Mindestlohn aus. Aufgegliedert nach Parteipräferenzen finden sich auch bei Anhängern von CDU/CSU immer mehr Befürworter. Für DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki heißt das: „Was zwei Drittel der Unions-Anhänger für notwendig halten, sollte nun auch in den Parteitippen von CDU und CSU ankommen und umgesetzt werden: Löhne unter 8,50 Euro pro Stunde müssen in allen Branchen kassiert werden.“



Eine süße Mahnung erhielten die Delegierten des CDU-Parteitages in Hannover: Der DGB verteilte Schokoladennikoläuse mit der Forderung nach einem Mindestlohn.

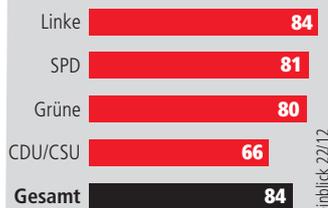
Allerdings mache es sich Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) zu einfach, wenn sie die Blockadehaltung dem Koalitionspartner FDP zuschreibt. Der DGB sieht hier auch noch großen Überzeugungsbedarf beim CDU-Wirtschaftsflügel. Es muss Schluss sein mit der staatlichen Subvention von Unternehmen, die die Beschäftigten mit Armutslöhnen abspesen und zum Aufstocken aufs Amt schicken, fordert der DGB schon seit langem. Claus Matecki erwartet nun endlich eine gesetzliche Vorgabe für einen flächendeckenden Mindestlohn „von zunächst 8,50 Euro pro Stunde und ohne Lücken und Löcher, ohne Differenzierungen nach Regionen oder Jobs“.

www.mindestlohn.de

Breite Zustimmung findet ein Mindestlohn auch bei den Anhängern von CDU/CSU: Während im März 2008 nur 45 Prozent von ihnen für einen Mindestlohn in allen Branchen waren, sind es aktuell 66 Prozent. Bei den anderen Parteien zeigten die früheren Umfragen bereits hohe Zustimmungsquoten.

Pro Mindestlohn

Befürworter eines allgemeinen Mindestlohns nach Parteipräferenz (in Prozent)



Quelle: DGB-Umfrage durch Infratest dimap November 2012

© DGB einblick 22/12

interregio

••• Der **DGB Thüringen** wirbt für den **freien Sonntag in Thüringen**. Gemeinsam mit der IG Metall, ver.di, dem Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt und der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung will die neue Allianz den konsequenten Schutz der arbeitsfreien Sonn- und Feiertage sicherstellen. www.thueringen.dgb.de

••• Im Januar wählt Niedersachsen. Der **DGB Niedersachsen** hat die **Vorgaben für die zukünftige Landespolitik** formuliert: „Niedersachsen nachhaltig

gestalten! Gute Arbeit. Gleiche Chancen“. Der DGB empfiehlt allen Wahlberechtigten, die Programme der Parteien genau unter die Lupe zu nehmen.

www.niedersachsen-bremen-sachsenanhalt.dgb.de/

••• Der **DGB Berlin-Brandenburg** ist Mitglied des **„Bündnis gegen Homophobie“**, das Anfang Dezember die Bürgerrechtlerin und Rechtsanwältin Seyran Ates mit dem Respektpreis 2012 ausgezeichnet hat.

www.berlin-brandenburg.dgb.de

Wirtschaftspreis

Engagement belohnt

Marion von Wartenberg ist die erste Gewerkschafterin, die die Wirtschaftsmedaille des baden-württembergischen Wirtschaftsministeriums erhielt. Gewürdigt wurde damit ihr Einsatz für eine bessere Teilhabe von Frauen und Mädchen am Arbeitsmarkt. Die stellvertretende DGB-Bezirksvorsitzende in Baden-Württemberg engagiert sich für ein breites Berufsspektrum für Mädchen in der dualen Ausbildung, aber ebenso in den MINT-Berufen (Mathematik, Information, Naturwissenschaft, Technik). Die Medaille verleiht das Ministerium für Verdienste um den

Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg. Die Auszeichnung wird seit 1987 vergeben. •

DGB-Jugend

Aufklärung gegen Vorurteile

Die DGB-Jugend versucht, mit Aufklärung gegen die pauschalen Vorwürfe und Diskriminierung gegenüber Menschen muslimischen Glaubens vorzugehen. Eine Broschüre mit dem Titel „Antimuslimischer Rassismus“ argumentiert gegen die häufig verschwommenen Parolen und die oft offene geschürte Abwehrhaltung. Die Arbeitshilfe kann bei der DGB-Jugend angefordert werden. •

www.dgb-jugend.de/broschueren

Personalräte-Preis

Gold für Bremen

Der Deutsche Personalräte-Preis in Gold ging in diesem Jahr an den Personalrat Schulen Bremen. Ausgezeichnet wurde damit der Abschluss von zwei Dienstvereinbarungen, die deutliche Verbesserungen bei der Entlohnung und den Arbeitsbedingungen bringen. Silber erhielt das Staatliche Schulamt Frankfurt vor allem für seine Dienstvereinbarung zum Mobbing. Mit Bronze wurde der Hauptpersonalrat Berlin ausgezeichnet, weil er sich erfolgreich gegen nachteilige

Stufenzuordnungen und geplante Herabgruppierungen wehrte.

Der Preis wurde im Rahmen der DGB-Veranstaltung „Schöneberger Forum“ durch die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock übergeben. Der Preis, eine Initiative der Zeitschrift *Der Personalrat*, wird gemeinsam mit dem DGB-Bundesvorstand und in Kooperation mit der HUK-Coburg vergeben. Den Sonderpreis der HUK-Coburg erhielt der Personalrat der Städtischen Friedhöfe München. Außerdem gab es den Sonderpreis der DGB-Jugend für die Gesamtjugend- und Auszubildendenvertretung der Stadt Nürnberg. •

DGB Bildungswerk

Interkulturelle Vielfalt

Verwaltungen und kommunalen Betrieben einen Weg zu einer interkulturellen Öffnung zu zeigen, ist das Ziel des Projekts „Verwaltungen interkulturell stärken – Potenziale nutzen“ (veris) des DGB-Bildungswerks. Das Projekt wird im Rahmen des Programms „Xenos –

Integration und Vielfalt“ aus Mitteln des Bundesarbeitsministeriums und des Europäischen Sozialfonds gefördert. Das DGB Bildungswerk entwickelte gemeinsam mit den Städten Kassel und Waldkirch sowie dem Kreis Lippe das Projekt. Im Mittelpunkt steht die fundierte Weiterbildung von Beschäftigten der Verwaltung und kommunaler Einrichtungen im Umgang mit kultureller Vielfalt im Berufsalltag. •

www.migration-online.de

GEWERKSCHAFTEN

Leiharbeit und Werkverträge

IG BCE fordert zwingende Mitbestimmung

Die Neuordnung der Arbeit ist eine der zentralen Forderungen der DGB-Gewerkschaften nicht nur zur Bundestagswahl 2013. Es geht ihnen vor allem darum, prekäre Arbeit zurückzudrängen und die Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten zu erweitern. Die IG BCE hat jetzt einen konkreten Vorschlag für eine Modernisierung des Betriebsverfassungsgesetzes vorgelegt.

Leiharbeit und Werkverträge boomen. Immer mehr Beschäftigte verdienen nicht nur deutlich weniger als ihre KollegInnen mit festem Arbeitsvertrag, sie sind meist auch nicht oder nur ungenügend von Betriebsräten vertreten. Das schadet

gefordert. „Es ist unverändert die originäre Verantwortung des Gesetzgebers, die Voraussetzungen für faire Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen“, erklärte der IG BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis bei der Vorstellung der Forderungen seiner Gewerkschaft Anfang Dezember in Hannover.

Ziel der IG BCE ist es unter anderem, das Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) so anzupassen, dass es wesentlichen Veränderungen in der Arbeitswelt besser entspricht und gerecht wird. Das gelte nicht nur für den wachsenden Anteil von Fremdbeschäftigung und befristeten Arbeitsverhältnissen in den Unternehmen, sondern auch für die zunehmende Leistungsverdichtung und die neuen Herausforderungen durch den demografischen Wandel, so der IG BCE-Vorsitzende. Neben der Forderung nach zwingender Mitbestimmung bei Fremdbeschäftigung will die IG BCE deshalb auch die Möglichkeiten von Betriebsräten verbessern, sich für gute Arbeit stark zu machen. Die bisherigen Instrumente der Mitbestimmung und Mitgestaltung reichten dafür nicht aus, betont Vassiliadis. Der demografische Wandel erfordere eine Neuausrichtung der Personalpolitik – „vom Verbrauch zum Erhalt der Arbeitskraft“. Konkret

fordert die IG BCE zur Modernisierung der Betriebsverfassung:

■ Betriebsräte sollen eine zwingende Mitbestimmung bei Fremdbeschäftigung erhalten (Ergänzung in § 87 BetrVG).

■ Beschäftigte mit Werkvertrag sollen das Recht haben, einen Betriebsrat zu wählen (Ergänzung in § 7 BetrVG).

■ Bei der Berechnung der Betriebsratsgröße und der Freistellung von Betriebsräten sollen Leiharbeitskräfte und Beschäftigte mit Werkvertrag mitgezählt werden (Ergänzung in § 9 und § 38 BetrVG).

■ Das Thema Arbeitsfähigkeit soll im Aufgabenkatalog des Betriebsrates ergänzt werden (Ergänzung in § 80 BetrVG).

■ Der Betriebsrat soll ein Initiativrecht bekommen, um Leistungsverdichtung zu begegnen (Ergänzung in § 90 und § 91 BetrVG).

■ Ein Initiativrecht soll dem Betriebsrat ermöglichen, mit Bildungsmaßnahmen langfristig die Arbeits- beziehungsweise Beschäftigungsfähigkeit der Belegschaft zu sichern (§96, 97, 98 BetrVG).

Der Vorstoß der IG BCE stößt auf große Resonanz im Gewerkschaftslager. „Die Initiative der IG BCE zur Modernisierung des BetrVG wird auch von uns getragen – wir ziehen mit den anderen Gewerkschaften an einem Strang“, erklärt etwa IG Metall-Sprecherin Heike Neumeister. Die IG Metall fordere wie die IG BCE, dass Betriebsräte bei Outsourcing und Werkverträgen, also bei jeglicher Fremdvergabe mitbestimmen dürfen. Und auch aus dem politischen Lager gibt es erste Signale zur Unterstützung. So hat die SPD auf ihrem Parteitag in Hannover Anfang Dezember bereits angekündigt, dass sie die Forderung der IG BCE nach einem Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte beim Einsatz von Leiharbeit aufgreifen und unterstützen will. ●

Boom ungebrochen

Beschäftigte in der Leiharbeit (in Tausend)



Der Trend, Stammebelegschaften in den Betrieben durch Leiharbeitskräfte zu ersetzen, ist ungebrochen. Gleichzeitig steigt die Zahl der mit Werkverträgen Beschäftigten, die oftmals jahrelang in einem Betrieb ohne Mitbestimmungsrechte arbeiten.

nicht nur ihnen, sondern führt zu einer Schwächung der betrieblichen Interessenvertretung insgesamt.

Bereits auf dem letzten DGB-Kongress 2010 haben die Gewerkschaften deshalb einen Antrag verabschiedet, der eine Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung fordert. Was das für Werkverträge heißt, hat der DGB-Bundesvorstand in seinem Positionspapier gegen den Missbrauch von Werkverträgen konkretisiert. Diese Forderungen finden sich auch im Vorschlag der IG BCE wieder.

Ob bei der Regulierung der Leiharbeit oder dem Schutz vor Arbeitshetze im Betrieb sieht die Gewerkschaft den Gesetzgeber

gefordert. „Es ist unverändert die originäre Verantwortung des Gesetzgebers, die Voraussetzungen für faire Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen“, erklärte der IG BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis bei der Vorstellung der Forderungen seiner Gewerkschaft Anfang Dezember in Hannover. Ziel der IG BCE ist es unter anderem, das Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) so anzupassen, dass es wesentlichen Veränderungen in der Arbeitswelt besser entspricht und gerecht wird. Das gelte nicht nur für den wachsenden Anteil von Fremdbeschäftigung und befristeten Arbeitsverhältnissen in den Unternehmen, sondern auch für die zunehmende Leistungsverdichtung und die neuen Herausforderungen durch den demografischen Wandel, so der IG BCE-Vorsitzende. Neben der Forderung nach zwingender Mitbestimmung bei Fremdbeschäftigung will die IG BCE deshalb auch die Möglichkeiten von Betriebsräten verbessern, sich für gute Arbeit stark zu machen. Die bisherigen Instrumente der Mitbestimmung und Mitgestaltung reichten dafür nicht aus, betont Vassiliadis. Der demografische Wandel erfordere eine Neuausrichtung der Personalpolitik – „vom Verbrauch zum Erhalt der Arbeitskraft“. Konkret

Unternehmensmitbestimmung ausweiten

Eine Mitbestimmungsinitiative „für mehr Arbeitnehmerrechte auch in Betrieben kleiner und mittlerer Größe“ hat Berthold Huber, Erster Vorsitzender der IG Metall, auf dem Zukunftskongress seiner Gewerkschaft Anfang Dezember in Berlin gefordert.

Für die IG Metall ist das geltende Gesetz zur Unternehmensmitbestimmung nicht das Ende der Diskussion. Die Erfahrungen aus 36 Jahren Praxis, insbesondere auch in der Krisenbewältigung 2008/2009, müssten in eine neue Mitbestimmungsdiskussion unter Einbezug europäischer Aspekte einfließen.

Die IG Metall fordert unter anderem, dass die Wirkung des Mitbestimmungsgesetzes von 1976 bereits bei 1000 Beschäftigten und nicht erst ab 2000 Beschäftigten einsetzt. Die IG Metall will außerdem, dass die im Aufsichtsrat zustimmungspflichtigen Geschäfte definiert werden und dafür eine Zweidrittel-Mehrheit notwendig ist. Ein wichtiger Punkt ist dabei für die IG Metall die Stärkung der Rechte des Aufsichtsrates bei Standortentscheidungen. Weitreichende Forderung zu Reformen der Unternehmensmitbestimmung hat der DGB-Kongress bereits 2010 beschlossen.

Mehr zur aktuellen Debatte:
www.einblick.dgb.de

kurz & bündig



Die EVG hat sich mit der Deutschen Bahn auf einen Demografie-Tarifvertrag geeinigt. Profitieren werden davon die Beschäftigten der Deutschen Bahn AG. Unter anderem wurde ein Modell zur Alterszeit vereinbart und betriebsbedingte Kündigungen bleiben ausgeschlossen.



Die GEW hat den Kultusministerien vorgeworfen, die

Ergebnisse der aktuellen Grundschulstudien zu ignorieren. Die Gewerkschaft fordert mehr Lehrerfortbildung und individuelle Unterstützung für SchülerInnen. Die Ministerien hätten mit ihrer „Testeritis“, der Evaluation von Leistungen in den vergangenen Jahren, auf das falsche Pferd gesetzt.



Das Diakonie-Klinikum Schwäbisch Hall hat kurz vor einem

Urteil des Bundesarbeitsgerichts eingelenkt: Ab sofort erhält ver.di Zutritt zum Klinikum. Damit sei das seit 1981 geltende Zutrittsverbot an diakonischen Einrichtungen gefallen. ver.di geht davon aus, dass nun weitere kirchliche Organisationen gewerkschaftliche Rechte anerkennen.



Der von IG BCE und Chemie-Arbeitgebern 2003 abgeschlossene

Tarifvertrag „Zukunft durch Ausbildung“ ist ein voller Erfolg. 2012 sei das stärkste Ausbildungsjahr der Chemie, so die IG BCE. Die ambitionierte Vorgabe von 9000 neuen Plätzen ist um 6,5 Prozent übertroffen worden.

IG Metall

„Kurswechsel für ein gutes Leben“

Die IG Metall will einen breiten gesellschaftlichen Veränderungsprozess. Gemeinsam mit neuen Bündnispartnern hofft die Gewerkschaft, erfolgreicher anstehende Probleme wie die Ausweitung der prekären Beschäftigung lösen zu können. Dabei hat die IG Metall nicht nur das eigene Land im Blick. Auf ihrem internationalen Kongress „Kurswechsel für ein gutes Leben“ Anfang Dezember in Berlin diskutierten rund 800 TeilnehmerInnen – darunter 200 ausländische Gäste

aus 60 Ländern – über neue Strategien und Bündnisse.

Eine Veranstaltung mit Tradition, wie der Erste Vorsitzende Berthold Huber betonte: Seit 1972 gebe es solche Tagungen immer dann, „wenn unserer Meinung nach grundlegende politische Weichenstellungen vorgenommen werden müssen“. Für die IG Metall gehören dazu unter anderem die konsequente Regulierung der Finanzmärkte, ein ökologischer Umbau der Wirtschaft, der vor allem

beschäftigungsfördernd sein müsse, und eine gerechte Verteilungs- und Steuerpolitik. Der Kampf gegen prekäre Beschäftigung ist ein weiterer Punkt, der dringende Lösungen erfordert. Berthold Huber ist sich sicher, dass ohne entsprechende Gegenwehr die Prekariisierung zunehmen wird und zwar „über alle Qualifikationsstufen hinweg“. Einen optimistischen Ausblick gibt die IG Metall in ihrer „Berliner Erklärung“: „Wir stehen nicht alleine. Überall auf der Welt gibt es Gewerkschaften, politische Parteien und soziale Bewegungen, die einen Kurswechsel wollen.“ • www.igmetall-kurswechsellkongress.de

IG BAU

Vorzeigeprojekt Stuttgart 21

Stuttgart 21 soll die „sauberste Baustelle Deutschlands“ werden. Die IG BAU hat mit der österreichischen Gewerkschaft Bau-Holz und den Betriebsräten der Firmen, die auf Baustellen des Projektes Stuttgart 21 arbeiten, eine Vereinbarung geschlossen. Die Arbeitnehmervertretungen wollen während der gesamten Bauzeit dafür sorgen, dass illegale Beschäftigung, Schwarzarbeit, untertarifliche Bezahlung und Verstöße gegen Arbeitsschutzbestimmungen keine Chance haben.

Alle Beteiligten sind in einem Netzwerk zusammengeschlossen, damit sie sich jederzeit austauschen können. Jeder wird immer darüber informiert sein, wie viele Beschäftigte welcher Nationalitäten in welchem Zeitraum und in welchen Projekten eingesetzt werden. Sollten Verstöße gegen Arbeitsschutzbestimmungen oder Tarifverträge bekannt werden, wollen sie gemeinsam den General- und/oder Subunternehmer dahin bringen, die Vorgaben einzuhalten. Bei Verstößen soll auch noch rückwirkend korrekt entlohnt werden. Hilft dieser Einsatz nicht, wird gemeinsam Anzeige erstattet. Zudem wird

das Netzwerk eng mit der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) beim Hauptzollamt Stuttgart kooperieren. Das umstrittene Projekt könnte damit zu einem Vorzeigemodell für Großbaustellen werden. • www.bit.ly/baustelleStuttgart

Kurzarbeitergeld

Positive Entscheidung

Die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes auf zwölf Monate bewertet der DGB positiv. Für DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach ist es „ein erster Schritt“. Sollte sich jedoch die wirtschaftliche Enttäuschung verstärken, „sind weitere Maßnahmen zur Sicherung der Be-

schäftigung notwendig“, betont Buntenbach. Auch die IG Metall lobt die Entscheidung der Bundesregierung. Ihr Erster Vorsitzender Berthold Huber erwartet jedoch als nächsten Schritt, dass auch Leiharbeiter einbezogen werden: „Die IG Metall fordert die gleiche Sicherheit für alle Beschäftigten.“

Nach den aktuellen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit (BA) haben im November 2300 Betriebe konjunkturelle Kurzarbeit angezeigt. Das betrifft 46 400 ArbeitnehmerInnen. Die Anzeigen kamen überwiegend aus dem Maschinenbau sowie der Metall- und Autoindustrie. Damit sei die Kurzarbeit aber „noch weit von den Werten der Krise 2009/2010 entfernt“, erklärte BA-Vorstand Raimund Becker. •

Minijobs

Neue Studie bestätigt NGG

Die NGG sieht sich bestätigt: Minijobs verdrängen zunehmend Vollzeitstellen. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) legte eine neue Studie vor, die belegt, dass die 400-Euro-Jobs gerade im Dienstleistungsbereich immer häufiger sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ersetzen. Die

stellvertretende NGG-Vorsitzende Michaela Rosenberger sieht in der Studie „einen weiteren Beleg für das, was längst erwiesen ist“. Mit der Anhebung der Verdienstgrenze auf 450 Euro ab Januar 2013 habe die Regierung diese Jobs „wider besseren Wissens“ für die Arbeitgeber noch attraktiver gemacht. Das IAB warnte zudem: Minijobs entziehen den Sozialversicherungen Beitragszahler und könnten letztlich zu Beitragserhöhungen oder reduzierten Leistungen führen. •

Interview zur Eurokrise mit Peter Bofinger

„Die Politik ist oft zu kurzatmig“

Eine dauerhaft stabile Europäische Union braucht die Bereitschaft der Mitgliedsstaaten, stärker in Richtung politische Integration zu gehen. Davon ist der **Wirtschaftsweiser Peter Bofinger** überzeugt.



Prof. Dr. Peter Bofinger, 58, ist Professor für Volkswirtschaft an der Universität Würzburg. Seit 2004 ist er als sogenannter Wirtschaftsweiser Mitglied des Sachverständigenrates der Bundesregierung.

Foto: Thomas Obermeier

■ Was würde eine Rückkehr zur D-Mark bedeuten?

■ Das wäre für den Euroraum eine politische und ökonomische Katastrophe. Ganz besonders für Deutschland: Eine wiedereingeführte deutsche Währung würde unter erheblichen Aufwertungsdruck geraten, sowohl gegenüber den Währungen des bisherigen Euroraums als auch gegenüber asiatischen Währungen und dem Dollar. Damit wäre unser gesamtes Exportmodell gefährdet. Zurzeit profitiert die deutsche Wirtschaft davon, dass sie im Export – vor allem außerhalb des Euroraums – stark ist. Dabei spielt eine große Rolle, dass der Euro momentan gegenüber dem japanischen Yen, dem Schweizer Franken oder dem chinesischen Renminbi keine besonders starke Währung ist.

■ Die Eurokrise verunsichert die Menschen. Experten und Politiker sind sich uneins, wie sie zu lösen ist. Was können die Menschen überhaupt glauben? Wem können sie trauen?

■ Es ist schwierig für den Einzelnen, sich in der Krise zurechtzufinden, die Maßnahmen, die Rettungspakete, die Rolle der unterschiedlichen Akteure richtig zu verstehen. Das ist ein Grund für die Verunsicherung, zumal einzelne Ökonomen gezielt Ängste schüren. Eigentlich ist es Aufgabe der Politik, eine klare Führung in diesen Fragen zu bieten und glaubhaft zu agieren. Das Problem ist, dass die Politik oft zu kurzatmig ist. Aufgrund dieser Kurzatmigkeit muss sie ständig ihre Richtung ändern, was zum Glaubwürdig-

keitsverlust beiträgt.

Was wir brauchen, ist eine mutige Politik, die nicht nur auf kurzfristiges Krisenmanagement setzt, sondern langfristig Rahmenbedingungen für eine stabile Währungsunion schafft.

■ Als Mitglied des Sachverständigenrats der Bundesregierung haben Sie den Plan der Wirtschaftsweisen für „Maastricht 2.0“ in einem Minderheitenvotum abgelehnt. Wieso?

■ Mit „Maastricht 2.0“ wollen meine Kollegen erreichen, dass langfristig wieder jedes Euro-Land selbst für seine Schulden haftet und kein weiterer Transfer von Kompetenzen auf die europäische Ebene stattfindet. Meiner Meinung nach zeigt die Krise, dass eine dauerhaft stabile Union nur möglich ist, wenn die Mitgliedsstaaten bereit sind, stärker in Richtung politische Integration zu gehen. Das hat zwei Dimensionen. Zunächst müssen auf europäischer Ebene wirksame Kontrollmechanismen geschaffen werden, um Fehlverhalten von Staaten zu verhindern. Im Gegenzug haften die Eurostaaten dann gemeinsam für die Schulden und können gemeinsam gegenüber den Finanzmärkten auftreten. Das würde verhindern, dass einzelne Länder von den Finanzmärkten an die Wand gedrückt werden, wie wir es zurzeit erleben. Kurz- und mittelfristig sind wir uns im Sachverständigenrat aber einig, dass wir die Krise nur mit dem Schuldentilgungspakt und einer gemeinsamen Haftung für die nächste Zeit überwinden können.

■ Bisher setzt das Krisenmanagement der EU und der Mitgliedsstaaten fast ausschließlich auf eine rigide Sparpolitik, gefordert vor allem von der Bundesregierung. Ist das der richtige Weg?

■ Nein. Die Länder müssen natürlich wettbewerbsfähiger werden und ihre Haushalte konsolidieren. Das muss aber mit Maß und Ziel betrieben werden. Im Augenblick wird diese Konsolidierung von Italien, Spanien, Portugal und Griechenland viel zu schnell abverlangt. Die Folge ist, dass diese Länder in eine massive Rezession getrieben werden. Das macht sie keinesfalls wettbewerbsfähiger, sondern schwächt die Strukturen. Es wird weniger investiert, die Menschen werden arbeitslos, verlieren ihre Qualifikationen, und die guten Leute wandern ab. Es ist ein Irrglaube, dass ein Land, wenn es nur lang genug in der Rezession steckt, wieder wettbewerbsfähiger wird.

■ Die Deutschen lieben das Sparen. Sie haben mal gesagt, sie betrieben es als „eine Art Heilfasten“.

■ Das stimmt. Die deutsche Vorstellung ist, dass wenn die südeuropäischen Länder ordentlich sparen, es wie eine Fastenkur wirkt. Es entschlackt und macht stärker. Aber was zurzeit passiert, geht eher in Richtung Magersucht. Der gesamte Wirtschaftsorganismus wird geschwächt und steht am Ende schlechter da als zuvor. In-

„Zurück zur D-Mark?“

„Euro 2.0“ nennt Bofinger in seinem neuesten Buch

„Zurück zur D-Mark?“ sein Konzept für eine neue Architektur der Währungsunion.

Bofinger, der sich 1997 gemeinsam in einer Initiative von 59 Professoren für die Einführung des Euro stark machte, ist nach wie vor ein vehementer Verfechter der gemeinsamen Währung.

In seinem Buch begründet er aber seine Zweifel an den Rettungsmaßnahmen der Euro-Länder. Seine Antwort auf die Krise heißt: Wir brauchen einen europäischen Finanzminister, der über direkte Eingriffsrechte gegenüber Staaten mit unsolider Haushaltspolitik verfügen muss. Zudem plädiert er für eine voll integrierte Bankenaufsicht für die Währungsunion.

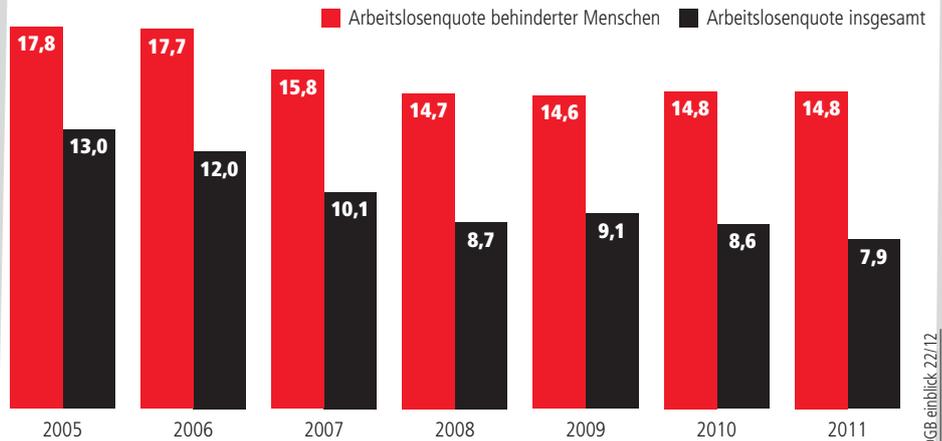
Peter Bofinger, Zurück zur D-Mark? Deutschland braucht den Euro, Droemer, 189 Seiten, 18 Euro, als E-Book 15,99 Euro (www.droemer.de)

teressanterweise lebt die deutsche Wirtschaft derzeit davon, dass Länder etwas machen, was wir nicht gut finden. Die Nachfrage aus dem Inland und dem Euroraum ist extrem schlecht. Stabil ist die Nachfrage nur von außerhalb. Das sind die USA und China. Die USA fahren wie bisher mit Vollgas Defizite, kümmern sich nicht um Konsolidierung und halten mit ihrer Defizitpolitik den Laden am Laufen. Und auch China, der andere Wachstumstreiber, passt mit seiner starken staatlichen Lenkung der Wirtschaftsprozesse ebenfalls in keiner Weise in den Katechismus der deutschen Wirtschaftspolitik. ●

SCHWERBEHINDERTE: Kaum Integration auf dem Arbeitsmarkt

Schwerbehinderte Menschen haben kaum vom Aufschwung am Arbeitsmarkt profitiert. Das hat der DGB in einer Analyse festgestellt. Die Arbeitslosenquote schwerbehinderter Menschen ist seit Jahren überdurchschnittlich hoch und liegt derzeit bei rund 15 Prozent. Die allgemeine Arbeitslosenquote lag im November 2012 bei rund 6,5 Prozent. Um den Anreiz für Unternehmen zu stärken, fordert der DGB, die Ausgleichsabgaben für mittlere und große Unternehmen zu erhöhen. Mehr zum Thema: www.dgb.de/-159V

Arbeitslosenquote insgesamt und von behinderten Menschen (in Prozent)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2012/Berechnungen des DGB

© DGB einblick 22/12

personalien

••• **Andreas Keller**, 46, Mitglied im Geschäftsführenden GEW-Vorstand, ist zum Vizepräsidenten des Europäischen Gewerkschaftskomitees für Bildung und Wissenschaft (EGBW) gewählt worden. Zur EGBW-Präsidentin wählten die Delegierten auf dem EGBW-Kongress in Budapest die Britin **Christine Blower**, 61, von der National Union of Teachers (NUT). Das EGBW ist die europäische Regionalorganisation der Bildungsinternationale (BI) und vertritt 135 Lehrer- und Bildungsgewerkschaften mit rund 13 Millionen Mitgliedern in 45 Ländern Europas.

35 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

- 10.1.** DGB, Ringvorlesung „Wohlstand ohne Wachstum? Wirtschaftsdemokratie als Fortschritt“, Berlin
- 14.-25.1.** Friedrich-Ebert-Stiftung, Ausstellung „Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen“, Wolmirstedt
- 17.1.** DGB, Ringvorlesung „Wohlstand ohne Wachstum? Nachhaltig leben und sozial wohnen“, Berlin
- 18.1.** DGB, Tagung „Immer mehr Druck im Arbeitsleben – Folge von prekärer Beschäftigung und schlechter Arbeitsorganisation“, Berlin
- 19.1.** GdP Niedersachsen, 43. großes Polizeifest, Hameln

sen, 43. großes Polizeifest, Hameln
23.1. Europäische Gewerkschaftsföderation für den Landwirtschafts-, Nahrungsmittel- und Tourismussektor, Europäische Föderation der Bau- und Holzarbeiter u.a., Demonstration „Stoppt das Sozialdumping!“, Brüssel



Tipp

Arbeitshilfe: Datenkarte 2012 der Hans-Böckler-Stiftung
 Wie hoch ist die Arbeitslosenquote im Osten? Wie war der Durchschnittsverdienst in den vergangenen Jahren? Das sind nur einige Fragen, auf die die Datenkarte Antwort weiß. Von der Bevölkerungsentwicklung über die Anzahl mitbestimmter Unternehmen bis hin zu einer Übersicht der europäischen Arbeitsmärkte – die Datenkarte liefert wichtige aktuelle Fakten und Erkenntnisse.
 Weitere Infos unter: www.boeckler.de/17065.htm

IMPRESSUM einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB
Verlag: Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke
Redaktion: Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muettel@berlin.de
Layout: zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion einblick (Adresse s.o.)
 Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.
Der nächste einblick erscheint am 21. Januar 2013

Schlusspunkt.

„Die Verteilungsfrage trifft uns mehr, als der ökologischen Bewegung bewusst ist. Wir können Nachhaltigkeit vergessen, wenn wir es nicht schaffen, soziale Gerechtigkeit durchzusetzen.“

Hubert Weiger, Vorsitzender des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND) am 5. Dezember 2012 auf dem IG Metall-Kongress „Kurswechsel für ein gutes Leben“ in Berlin.

Anzeige gegen Arbeitgeber

Keine leichtfertigen Vorwürfe

Anzeigen eines Arbeitnehmers gegen seinen Arbeitgeber fallen unter das Recht auf freie Meinungsäußerung. Allerdings hat ein Arbeitnehmer grundsätzlich den Ruf des Arbeitgebers zu schützen.

Der Fall: Der Hauswirtschafterin war während der Probezeit fristgerecht gekündigt worden. Sie wandte sich danach an das Jugendamt und berichtete über Verwahrlosung und körperliche Schäden der zehntonatigen Tochter. Daraufhin sprachen die Eltern die fristlose Kündigung aus. Die Klage dagegen blieb ohne Erfolg.

Das Landesarbeitsgericht: Zwischen dem Recht auf freie Meinungsäußerung und der Pflicht, den Ruf des Arbeitgebers zu schützen, ist abzuwägen, wenn es darum geht, ob ein Arbeitgeber dem Arbeitnehmer kündigen darf, der ihn anzeigt. Wesentlich ist dabei, ob der Arbeitnehmer die Offenlegung in gutem Glauben und in der Überzeugung vorgenommen hat, dass die Information wahr ist, dass sie im öffentlichen Interesse liegt und dass keine anderen, diskreteren Mittel existieren. Nach diesen Grundsätzen war die Klage gegen die fristlose Kündigung abzuweisen. Die Anzeige war eine unverhältnismäßige Reaktion auf die ordentliche Kündigung. Selbst wenn die Vorwürfe als richtig unterstellt würden, hätte die Hauswirtschafterin zunächst eine interne Klärung mit dem Ehepaar versuchen müssen. Erst nach Scheitern eines solchen Versuches durfte eine Behörde eingeschaltet werden. Ob die Behauptungen der Hauswirtschafterin zutreffend waren, konnte offen gelassen werden.

**Landesarbeitsgericht Köln,
Urteil vom 5. Juli 2012 - 6 Sa 711/12**

Versorgungsehe

Vermutung kann entkräftet werden

Witwen oder Witwer besitzen keinen Anspruch auf Hinterbliebenenleistung, wenn ein Ehegatte innerhalb eines Jahres nach Eheschließung verstirbt. Das Gesetz vermutet, dass die Heirat den Zweck hatte, einen Rentenanspruch zu verschaffen. Liegen aber besondere Umstände vor, kann diese gesetzliche Vermutung entkräftet werden.

Der Fall: Die Eheleute hatten sich 2008 kennengelernt. Im Juni/ Juli 2008 war die Klägerin mit ihrem Sohn bei dem Versicherten eingezogen. Im September 2008 beantragte der 80-jährige Versicherte eine höhere Pflegestufung. Dabei wies er darauf hin, dass er an den Rollstuhl gebunden sei und die Klägerin bereit sei, die erforderliche 24-stündige Pflege zu gewährleisten. Sie seien verlobt und wollten demnächst heiraten. Die Ehe wurde im Januar 2009 geschlossen. Im Oktober 2009 verstarb der Versicherte. Der Witwenrentenantrag der Frau wurde abgelehnt. Die dagegen gerichtete Klage hatte Erfolg.

Das Landessozialgericht: Die Klägerin hat Anspruch auf die Witwenrente. Nach den Umständen des Falles ist die Annahme nicht gerechtfertigt, dass es alleiniger oder überwiegender Zweck der Heirat war, einen Anspruch auf Hinterbliebenenversorgung zu begründen. Die Vollerfüllung des 80. Lebensjahres aufseiten des Bräutigams begründet als solche noch nicht das Risiko eines bevorstehenden Ablebens, welches für die Annahme überwiegender Versorgungsabsichten sprechen könnte. Der Hausarzt des Mannes hat dargelegt, dass aus seiner Sicht Anfang 2009 noch nicht mit einem baldigen Ableben des Versicherten zu rechnen gewesen sei. Die Standesbeamtin hat ausgeführt, dass der Bräutigam trotz seines relativ hohen Alters sehr aufgeschlossen und absolut geistig agil gewirkt habe.

**Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen,
Urteil vom 17. Oktober 2012 - L 2 R 228/12**

Pflegedienste

Mindestlohn auch für Bereitschaft

Die Verordnung über die Arbeitsbedingungen für die Pflegebranche enthält eine Regelung über das Mindestentgelt. Sie differenziert nicht nach der Art der Tätigkeit. Deshalb sind im Bereitschaftsdienst erbrachte Arbeitsleistungen mit demselben Mindestentgeltsatz zu vergüten wie Arbeitsleistungen in der Vollarbeitszeit. Überwiegen bei der Leistungserbringung pflegerische Tätigkeiten der Grundpflege, sind auch andere Tätigkeiten, insbesondere die der hauswirtschaftlichen Versorgung mit dem Mindestentgeltsatz zu vergüten.

**Landesarbeitsgericht Baden-Württemberg,
Urteil vom 28. November 2012 - 4 Sa 481/12**

Fristlose Kündigung

Bei Drogenkonsum als Busfahrer

Einem Busfahrer, der Drogen konsumiert, kann fristlos gekündigt werden. Das gilt auch, wenn der Drogenkonsum außerhalb des Dienstes geschieht. Angesichts der an Berufskraftfahrer zu stellenden Anforderungen berechtigt der Verdacht des Drogenmissbrauchs zur sofortigen Auflösung des Arbeitsverhältnisses.

**Arbeitsgericht Berlin,
Urteil vom 21. November 2012 - 31 Ca 13626/12**

Europäische Union

Keine Sprachdiskriminierung

Die Veröffentlichung von EU-Stellenausschreibungen in drei Sprachen (Deutsch, Englisch, Französisch) und die Verpflichtung, die Auswahlprüfungen in einer dieser Sprachen zu absolvieren, stellen eine Diskriminierung aufgrund der Sprache dar. Allgemeine Stellenausschreibungen nach dem Beamtenstatut sind im Amtsblatt der EU in den derzeitigen 23 Amts- und Arbeitssprachen zu veröffentlichen.

**Europäischer Gerichtshof,
Urteil vom 27. November 2012 - C-566/10 P**

Polizeidienst

Tattoo ist kein Ablehnungsgrund

Ein Bewerber für den Polizeidienst darf nicht deshalb abgelehnt werden, weil er an beiden Armen große Tätowierungen von der Schulter bis zu den Unterarmen aufweist. Der generelle Ausschluss des Bewerbers vom Auswahlverfahren verstößt gegen dessen Grundrechte. Nach einem Erlass des Innenministeriums stellen Tätowierungen, die beim Tragen von Hemden mit kurzen Ärmeln zu sehen sind, zwar einen Eignungsmangel dar. Um das zu verhindern, käme aber als milderer Mittel eine Verpflichtung infrage, ein Hemd mit langen Ärmeln zu tragen.

**Verwaltungsgericht Aachen,
Urteil vom 29. November 2012 - 1 K 1518/12**

Sozialhilfe

Kein Auto bei Fahruntauglichkeit

Ist ein schwerbehinderter Sozialhilfeempfänger gesundheitlich nicht in der Lage, Auto zu fahren, so spricht bereits diese Tatsache gegen einen Antrag auf Zuschuss für ein Kfz.

**Sozialgericht Heilbronn,
Urteil vom 27. November 2012 - S 11 SO 142/12**